

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Bürgerforums Hollage

vom Mittwoch, dem 08. November 2017

im „Gasthaus Barlag“, Hollager Straße 121

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Sitzungsleitung: Bürgermeister Otto Steinkamp

von der Verwaltung: Rüdiger Mittmann, Leiter Fachbereich I „Bürgerservice und Soziales“
Claudia Broxtermann, Leiterin Fachbereich II „Planen, Bauen, Umwelt“
Annegret Rethmann, Leiterin Fachbereich III „Steuerung und Service“

Protokollführerin: Andrea Wellmann

Tagesordnung

- 1. Begrüßung**
- 2. Einführung durch Herrn Bürgermeister Otto Steinkamp**
- 3. Themen der Verwaltung**
 - 3.1 Allgemeine Situation im Bereich Kindertagesstätten / Tagespflege
 - 3.2 Integration von Flüchtlingen / Asylbewerber
 - 3.3 Entwicklung „Töwerland“
 - 3.4 Radweg Hollage - Halen
- 4. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte**
 - 4.1 Verkehr Moorlandstraße
 - 4.2 Haselandhalle
- Z. Zusatzfragen**
 - Z.1 Kreuzungsbereich Sachsegge / Sandbachstraße

5. Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)

- 5.1 Zustand des Fuß- und Radweges an der Hansastrasse
- 5.2 Weg am Kanal und Beleuchtung an der Barlager Brücke
- 5.3 Einbrüche in Wallenhorst, Arlarmsirenen und defekte Schaukel
- 5.4 Einzelhandel und Bauvorhaben auf dem Grundstück der ehemaligen Gaststätte Strößner
- 5.5 Radweg Hollager Straße (Fällarbeiten)
- 5.6 Treppenanlage zum Hollager Friedhof
- 5.7 Baugebiet „Witthügel“
- 5.8 Blindenleitsystem
- 5.9 Zustand auf einem Grundstück am Stephansring

6. Schlussworte

1. Begrüßung

Bürgermeister Steinkamp begrüßt ca. 70 Bürgerinnen und Bürger und zeigt sich über das Interesse am dritten Bürgerforum des Ortsteiles Hollage sehr erfreut.

2. Einführung durch Herrn Bürgermeister Otto Steinkamp

Bürgermeister Steinkamp erläutert die Vorgehensweise. Alle Bürgerinnen und Bürger hätten im Vorfeld die Möglichkeit gehabt, ihre Fragen per E-Mail an die Verwaltung zu richten. Die verantwortlichen Sachbearbeiter hätten alle angesprochenen Themen aufbereitet.

Anschließend stellen sich die Fachbereichsleiter/innen vor.

3. Themen der Verwaltung

3.1 Allgemeine Situation im Bereich Kindertagesstätten / Tagespflege

Bürgermeister Steinkamp berichtet, aufgrund einer verstärkten Nachfrage gegenüber dem Vorjahr und einer deutlichen Geburtensteigerung sei es zum laufenden Kindergartenjahr zu einem Engpass bei den Krippen- und Kindergartenplätzen gekommen.

Im Krippenbereich fehlten rund 60 Plätze. Durch die Einrichtung von vier zusätzlichen Krippengruppen in den Ortsteilen Hollage und Lechtingen sowie der Vermittlung von Tagespflegepersonen konnte der Bedarf befriedigt werden.

Anfragen von Eltern, deren Kinder in den Ortsteilen Hollage, Lechtingen und Wallenhorst keinen Kindergartenplatz erhalten hätten, seien in den beiden Einrichtungen St. Johannes und St. Marien in Rulle ein Platz angeboten worden.

Um zukünftig den steigenden Bedarf an Krippenplätzen begegnen zu können, werde im Ortsteil Wallenhorst an der Großen Straße ein Krippenhaus mit 75 Krippenplätzen errichtet, das zum Kindergartenjahr 2019/2020 in Betrieb genommen werden solle.

Dem Bedarf an Kindergartenplätzen könne die Verwaltung in Absprache mit den kirchlichen Trägern durch die flexible Umwandlung von altersübergreifenden Gruppen in Regel- bzw. Ganztagsgruppen begegnen.

Bürgermeister Steinkamp bedankt sich bei den Vertretern der katholischen Kirche als Träger der Kindertagesstätten für die sehr gute Zusammenarbeit.

3.2 Integration von Flüchtlingen / Asylbewerber

Bürgermeister Steinkamp berichtet, die Gemeinde Wallenhorst habe seit Januar 2015 244 Flüchtlinge und Asylbewerber aufgenommen. Von den zugewiesenen Personen habe ein Teil auf eigenen Wunsch seinen Wohnsitz verlegt, einige seien freiwillig in ihr Heimatland zurückgekehrt, andere seien abgeschoben worden. Heute lebten noch 150 Flüchtlinge und Asylbewerber in Wallenhorst.

Gemäß aktueller Verteilquote des Landkreises Osnabrück müsse die Gemeinde Wallenhorst bis zum 31.12.2017 weitere 26 Menschen aufnehmen. Die Gemeinde Wallenhorst habe zurzeit 7 einzelne Häuser mit 11 Wohneinheiten und weitere 9 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern angemietet. Ferner sei die Diele der Obdachlosenunterkunft Dreskamp 2 als Flüchtlingsunterkunft umgebaut worden. Dort seien im Erdgeschoss und im 1. Obergeschoss 26 Plätze für Flüchtlinge und Asylbewerber geschaffen worden. Die angemieteten Wohnungen und die verfügbaren Plätze am Dreskamp reichten mittelfristig zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern aus.

Die Belegung der Jugendfreizeitstätte Hollager Mühle sei seit dem 01.03.2017 nicht mehr nötig.

Die Betreuung der Flüchtlinge und Asylbewerber in Wallenhorst erfolge überwiegend durch 27 ehrenamtlich tätige Integrationslotsen. Darüber hinaus werde die Gemeinde Wallenhorst durch sozialpädagogisches Fachpersonal des Malteser Hilfsdienstes unterstützt. Während die Themen Aufenthalt, Leistungen, Wohnen und Bildung von der Verwaltung übernommen würden, kümmerten sich die Integrationslotsen und die Malteser um die Themen gesellschaftliche Integration und Teilhabe sowie Spracherwerb. Die Arbeitsmarktintegration sei Aufgabe der Maßarbeit. Bei all diesen Themen sei keine trennscharfe Abgrenzung möglich, die Übergänge seien fließend.

Bürgermeister Steinkamp bedankt sich für die Hilfe der Wallenhorster Bürgerinnen und Bürger, insbesondere der Integrationshelfer. In Wallenhorst werde die Willkommenskultur tatsächlich gelebt. Als Beispiel führt er die am ersten November-Wochenende durchgeführte Info-Veranstaltung des Sportvereins Blau-Weiss Hollage an, bei der sich Flüchtlinge und Asylbewerber über die Sportangebote informieren konnten.

Bürgermeister Steinkamp räumt ein, dass es auch mal Konflikte gebe, die einen Polizeieinsatz erforderten. Dies solle man offen kommunizieren und sich bei Problemen im Rathaus melden.

3.3 Entwicklung „Töwerland“

Bürgermeister Steinkamp informiert, dass der Kaufpreis für das Grundstück zwischenzeitlich gezahlt worden sei. Die Rahmenbedingungen für den Beginn des Projektes seien geschaffen. Er hoffe, dass in diesem Jahr noch die Bagger mit der Arbeit beginnen könnten.

3.4 Radweg Hollage-Halen

Bürgermeister Steinkamp berichtet, der Radweg stehe bei der Landesbehörde nicht im vordringlichen Bedarf, sei aber im Ranking ein Stück nach vorne gekommen. Da der Radwegbedarf für dieses Teilstück im Radwegneubaukonzept für Landesstraßen nicht im vordringlichen Bedarf, sondern im weiteren Bedarf geführt werde, sähen die Vertreter der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr keine Möglichkeit, bereits jetzt in die Planung einzusteigen. Bei einem Treffen mit Herrn Lies und politischen Vertretern aus der Gemeinde habe die Landesbehörde signalisiert, bei entsprechender Vorplanung durch die Gemeinde eine Planungsvereinbarung zu schließen und die Gemeinde Wallenhorst zu beraten.

Bürgermeister Steinkamp führt weiter aus, dass am 28. September 2017 Vertreter der Gemeinde Lotte, des Landkreises Osnabrück, des Kreises Steinfurt, der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und der Gemeinde Wallenhorst in einem gemeinsamen Gespräch den Bau des Radweges zwischen Hollage und Halen erörtert hätten. Für das Teilstück auf

nordrheinwestfälischer Seite habe der Landrat des Kreises Steinfurt, Herr Dr. Effing, mitgeteilt, dass dort der Planungsprozess bereits in Gang gesetzt worden sei, die komplizierte Planung des Radweges über den Bahnübergang und Verhandlungen mit der DB-Netz jedoch mehrere Jahre in Anspruch nehmen würden.

Der Zeitpunkt, den Radweg weiterzuentwickeln, sei nie so günstig gewesen wie jetzt. Deshalb habe man in der mittelfristigen Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2018 100.000 Euro eingestellt. Die Verwaltung habe das Ziel, dem Rat der Gemeinde Wallenhorst die Planungsvereinbarung zur Beschlussfassung vorzulegen, sobald der Haushaltsplan 2018 beschlossen sei und die Mittel zur Verfügung stünden.

4. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte

4.1 Verkehr Moorlandstraße

Herr Heinze (nicht anwesend) möchte wissen, wann etwas gegen die Raser auf der Moorlandstraße unternommen werde.

Bürgermeister Steinkamp erläutert, bereits mit Schreiben vom 22.05.2017 habe Herr Heinze der Gemeinde mitgeteilt, dass das Verkehrsaufkommen auf der Moorlandstraße stetig steige und die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h seines Erachtens deutlich überschritten werde. Anwohner und insbesondere Kinder seien dadurch stark gefährdet. Herr Heinze habe seinerzeit vorgeschlagen, stationäre Blitzapparate aufzustellen.

Aufgrund des Hinweises von Herrn Heinze habe man folgendes veranlasst:

Um ein objektives Bild von den gefahrenen Geschwindigkeiten an der Moorlandstraße zu erhalten, sei in der Zeit vom 31.07.2017 bis 08.08.2017 verdeckt mit dem gemeindeeigenen Geschwindigkeitsmessgerät ohne Display gemessen worden.

Im Messzeitraum habe die höchste gefahrene Geschwindigkeit 88,0 km/h betragen. Die V 85 betrug 49,5 km/h. Bei der V 85 handele es sich um die Geschwindigkeit, die von 85 % der Verkehrsteilnehmer nicht überschritten werde. Sie diene den Straßenverkehrsbehörden und der Polizei als Bewertungsmaßstab.

Da eine V 85 von 49,5 km/h bei einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h tatsächlich überdurchschnittlich hoch sei, habe man das Polizeikommissariat Bramsche und den Landkreis Osnabrück gebeten, an der Moorlandstraße verwarnungsgeldpflichtige Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Nur diese beiden Behörden seien befugt, den fließenden Verkehr zu überwachen. Dieses gelte auch für den Einsatz von stationären Blitzapparaten. Zur Verdeutlichung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit würden 30er-Piktogramme auf die Fahrbahn aufgetragen - sobald es die Witterung zulasse. Da trockenes Wetter und eine Lufttemperatur von durchgängig mindestens 10° Celsius notwendig seien, erfolge die Umsetzung möglicherweise erst im Frühjahr 2018.

Herr Grewe erkundigt sich, ob man die 30er-Zone auf die gesamte Moorlandstraße ausdehnen könne.

Herr Mittmann erklärt, auf Zuruf könne das nicht geschehen. Es gebe Richtlinien für das Festlegen einer 30er-Zone, wie z. B. innerhalb einer geschlossenen Ortschaft oder fehlende beidseitige Bebauung.

Bürgermeister Steinkamp ergänzt, es gebe überörtliche Empfehlungen für das Einrichten von 30er-Zonen ohne Garantie, dass die Autofahrer deshalb langsamer führen.

Herr Trame weist darauf hin, dass der nördliche Teilabschnitt der Moorlandstraße innerhalb einer geschlossenen Ortschaft liege.

Frau Grewe ergänzt, die Verwaltung sollte Bedenken, dass die Moorlandstraße von den Beschäftigten der Gemeinnützigen Werkstätten als fußläufige Verbindung zur Bushaltestelle genutzt würde.

Herr Havermeyer schlägt das Aufstellen elektronischer Messgeräte vor.

Bürgermeister Steinkamp informiert, dass die Verwaltung mehrere Messgeräte an unterschiedlichen Stellen im Gemeindegebiet aufstellen würde.

Herr Clausen macht darauf aufmerksam, dass auf der Brockhauser Straße der V 85-Wert bei 55 bis 60 km/h liege. Er warte seit 10 Jahren darauf, dass die Gemeinde an dieser Stelle etwas unternahme. Die Verwaltung sollte Druck auf die LKW-Fahrer ausüben und entsprechende Geräte im Wechsel aufstellen.

Herr Knochenwefel merkt an, an der Waldstraße auf Höhe der Pizzeria würden zwischen Hof Recker und dem Kreisel Fahrzeuge – teilweise mit Pferdeanhänger - geparkt. Diese machten ein Durchkommen mit einem Kfz sehr schwierig, bei Gegenverkehr sogar unmöglich. Besonders am Wochenende sei die Situation sehr angespannt.

Bürgermeister Steinkamp sichert eine Überprüfung der Verkehrslage zu.

Herr Trentmann regt an, aus Verkehrssicherheitsgründen an der Dörnter Straße auf Höhe des Baugebietes einen zweiten Pfosten oder eine Umlaufsperrung zu errichten.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Parksituation an der Egbersstraße auf Höhe der Post.

Eine Anwohnerin kritisiert, sie habe bereits im Juni einen schriftlichen Einwand an die Verwaltung mit der Bitte um Abhilfe geschickt. Desweiteren seien vor mehr als zwei Monaten zwei Pfähle entfernt worden, die das Parken auf dem Bürgersteig verhindern sollten. Seitdem habe sich die Parksituation extrem verschlechtert.

Herr Mittmann erklärt, man habe die Situation vor Ort betrachtet und den Straßenraum gegenüber der Eisdiele mit einer Zickzacklinie gekennzeichnet. Die letzten zwei verbliebenen Pfähle würden noch entfernt.

Herr Krümberg kritisiert den Standort des Briefkastens. An dieser Stelle hätte man ihn nicht aufstellen dürfen.

Herr Mittmann teilt mit, dass Bedingung der Post für das Aufstellen eines Briefkastens sei eine Postagentur an dem Standort. Er sei froh, dass sich jemand bereit erklärt habe, eine Postfiliale in seinem Geschäft zu integrieren.

Zu der von Frau Bertke vorgetragene Kritik bezüglich der Verkehrsinsel gegenüber der Post weist Herr Mittmann drauf hin, dass dies ausdrücklich eine Entscheidung seitens der Politik gewesen sei.

Herr Hörnschemeyer und ein weiterer Bürger machen darauf aufmerksam, dass sowohl das Schild für den Fuß- und Radweg an der Kreuzung Hollager Straße / In den Dillen als auch die Straßenlaterne auf Höhe der ehemaligen Post mitten auf dem Bürgersteig platziert seien. Dies sei für Radfahrer sehr hinderlich.

4.2 Haselandhalle

Herr Clausen kritisiert, dass die Lüftung in der Haselandhalle nicht funktioniere. Im Sommer seien die Heizkörper warm und es herrsche „dicke“ Luft in der Halle. Gerade für Senioren sei es dann unmöglich, Sport zu treiben. Die betreuenden Ärzte der Herz-Sport-Gruppe warnten bei dieser Luft vor körperlicher Bewegung.

Bürgermeister Steinkamp erklärt, die Lüftungsanlagen in allen Sporthallen der Gemeinde Wallenhorst würden temperatur- und CO²-abhängig gesteuert. In den Wintermonaten sorgen die Lüftungsanlagen dafür, dass die Raumtemperaturen auf den Sportflächen um die 17° Celsius gehalten werden. Darüber hinaus führten die Lüftungsanlage der Sporthalle Frischluft zu, wenn der CO₂-Richtwert von 1.000 ppm (parts per million) überschritten werde. Der sogenannte „hygienische Richtwert“ für Kohlendioxid in der Raumluft liege bei 1.500 ppm. Ab 2.000 ppm spreche man von einem „inakzeptablen Wert“.

Bei der regelmäßigen Überwachung der Anlagen konnte die Verwaltung keine Überschreitungen der ppm-Werte feststellen. Was in den Sommermonaten als „schlechte Luft“ wahrgenommen werde, sei die wärmere Raumtemperatur. So würden in den Sommermonaten zeitweise Hallentemperaturen von ca. 25° C erreicht und angezeigt.

In der Haselandhalle steige die Hallentemperatur in Hochsommermonaten aufgrund der Hallenausrichtung (Fensterfront nach Westen) recht schnell an. Die baugleiche Wittekindhalle erreiche diese Halleninnentemperatur häufig erst 1 – 2 Wochen später.

Versuche, die Halle über die Lüftungsanlage zusätzlich in gewissen Zeitabständen zu belüften, hätten keinen bzw. einen nur kurzzeitigen Erfolg gehabt. Gerade im Hochsommer sei die Außentemperaturdifferenz nicht groß genug, um in der Halle eine abkühlende Wirkung zu erzielen.

In den Sommermonaten eine permanente „Umluft“ zu fahren und mit Zugluft eine gefühlte Verbesserung zu erreichen, würde zu einem deutlich steigenden Stromverbrauch führen und so den energiepolitischen Zielen entgegenwirken. Die Wirkung vor Ort sei auch umstritten.

Eine Ausstattung der Sporthallen mit Klimaanlage wäre weder ökologisch noch lufthygienisch sinnvoll. Neben einem hohen Energieverbrauch bestehe hier auch immer die Gefahr, Keime zu verteilen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, seien für Klimaanlage hohe Wartungs- und Unterhaltungsaufwendungen erforderlich.

Die Gebäudebewirtschaftung habe das Thema aber im Fokus und arbeite weiterhin an einer Verbesserung der Situation.

Herr Clausen stimmt dem Bürgermeister bezüglich der Hallenausrichtung zu und schlägt eine Verschattung der Fenster vor.

Frau Rethmann betont, dass bereits ein Drittel der Fenster durch Fenster mit Lichtschutzfaktor ausgetauscht worden seien. Die Maßnahme habe aber keinen Erfolg gebracht, deshalb rate die Verwaltung davon ab.

Herr Clausen zeigt sich mit der Antwort nicht zufrieden und lädt die Verantwortlichen ein, im Sommer in die Halle zu kommen.

Z. Zusatzfragen

Z.1 Kreuzungsbereich Sachsegge / Sandbachstraße

Herr Plümer (nicht anwesend) bittet die Verwaltung zu prüfen, ob an der Kreuzung Sachsegge/Sandbachstraße evtl. Kübel als Hindernisse zur Verkehrsberuhigung aufgestellt werden könnten. An der Kreuzung gelte rechts vor links und die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h, dennoch seien die Kfz-Fahrer viel zu schnell.

Bürgermeister Steinkamp erläutert, die Straßen Sandbachstraße und Sachsegge seien Bestandteil eines Wohngebietes. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit sei durch Zonenbeschilderung auf 30 km/h reduziert. Die Straßenverkehrsordnung sehe in 30er Zonen die Vorfahrtregelung "rechts vor links" vor. Die Vorfahrtregelung "rechts vor links" diene dem Zweck, die gefahrenen Geschwindigkeiten zu reduzieren, weil Verkehrsteilnehmer an Einmündungen und Kreuzungen langsam heranzufahren müssen, um ggf. Vorfahrt gewähren zu können. Hindernisse wie Kübel oder Pflanzbeete verminderten im Bereich von Einmündungen und Kreuzungen die Übersichtlichkeit des Straßenverkehrs. Gerade jungen Verkehrsteilnehmern falle es bei Hindernissen schwer, die Gegebenheiten zu überblicken und Situationen richtig einzuschätzen.

An der Egbersstraße habe man die Erfahrung gemacht, dass sich durch den Einbau von Hindernissen die gefahrenen Geschwindigkeiten eher erhöhten. Bevor der durchschnittliche Verkehrsteilnehmer vor einem Hindernis warte, um den Gegenverkehr passieren zu lassen, erhöhe er eher die Geschwindigkeit, um die Engstelle vor dem Gegenverkehr umfahren zu kön-

nen. Unfallzahlen lägen tatsächlich vor: In der Zeit von März 2014 bis August 2016 hätten sich fünf Unfälle ereignet, die alle in Zusammenhang mit missachteter Vorfahrt stünden. Dabei sei es zu Sachschäden gekommen, in einem Fall zu einer leichten Verletzung. Aus diesem Grund habe sich die Verkehrskommission am 30.08.2016 mit der Örtlichkeit befasst. Die Verkehrskommission setze sich zusammen aus Vertretern der Polizeiinspektion, des Straßenbaulastträgers und der Straßenverkehrsbehörde und sei zuständig für die Beratung aller verkehrsrechtlichen Angelegenheiten im Gemeindegebiet.

Im Rahmen einer Ortsbesichtigung hab man erkannt, dass die vorhandenen Fahrbahnmarkierungen nicht nur zu erneuern, sondern auch zu optimieren seien (rechtwinklige Anordnung der Blockmarkierung, 10 m lange Leitlinie).

Nach Umsetzung dieser Maßnahme habe sich kein weiterer Verkehrsunfall ereignet. Von Seiten der Verwaltung werde derzeit kein Handlungsbedarf gesehen.

5. Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)

5.1 Zustand des Fuß- und Radweges an der Hansastraße

Herr Ruhr informiert, dass der Fuß- und Radweg entlang der Hansastraße Richtung Wallenhorst in einem schlechten Zustand sei. Die Fahrbahnmarkierungen hätten Mulden. Er bitte die Verwaltung um Abhilfe.

5.2 Weg am Kanal und Beleuchtung an der Barlager Brücke

Herr Ruhr bezieht sich auf das Bürgerforum 2015 und erinnert Bürgermeister Steinkamp daran, dass er sich bezüglich der Herrichtung des Weges am Kanal mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt in Verbindung setzen wollte.

Bürgermeister Steinkamp antwortet, es handele sich bei dem Weg um einen Wirtschaftsweg in der Zuständigkeit des Wasser- und Schifffahrtsamtes. Dieser habe kein Interesse an einer Asphaltierung. Dagegen habe man zusammen mit dem Heimatverein die Situation am Jachthafen verbessert.

Herr Pott erklärt, vom Jachthafen bis zur Bramscher Grenze koste eine fahrradläufige Verbindung ca. 15.000 Euro. Der Heimatverein sei gerne bereit, ein Drittel der Kosten zu übernehmen.

Herr Clausen fügt hinzu, dass der Kanal als Naherholungsgebiet beworben und von vielen Fußgängern und Fahrradfahrern genutzt werde. Die Herstellung eines ausgebauten Weges sei eine sinnvolle Investition.

Herr Havermeyer regt an, die Stadt Osnabrück und die Stadt Beamsche mit ins Boot zu holen.

Bürgermeister Steinkamp sichert zu, den Aspekt im Auge zu behalten.

Herr Wulftange erklärt, er wohne in der Barlage an der Kläranlage. Man sei dort ein wenig abgeschnitten von der Außenwelt, denn die Internetverbindung sei sehr schlecht und Beleuchtung ebenfalls kaum vorhanden. Besonders störend sei die mangelnde Ausleuchtung der Barlager Brücke. Mit einer Peitschenlampe z. B. wäre schon etwas getan.

5.3 Einbrüche in Wallenhorst, Alarmsirenen und defekte Schaukeln

Herr Clausen möchte wissen, was die Gemeinde gegen den Zuwachs von Einbrüchen unternehme. Die Bevölkerung sei sehr verunsichert.

Bürgermeister Steinkamp informiert, dass sich ein Arbeitskreis Kriminalprävention in enger Abstimmung mit der Polizei mit dem Thema beschäftige.

Herr Mittmann fügt hinzu, dass die Polizei allein nicht gegen Einbrüche vorgehen könne. Hier müsse auch jeder für sich selbst sorgen. Konkret bedeute das, beim Verlassen des Hauses keine Fenster auf Kipp zu lassen, Garagentore zu schließen, Licht einzuschalten. Was auch nicht unterschätzt werden dürfe, sei die Nachbarschaftspflege und ein wachsames Auge für seine Umgebung. Dies schließe auch den Anruf bei der Polizei ein, wenn man ein völlig unbe-

kanntes Fahrzeug in seiner Straße beobachte. Die Polizei komme dann als Zivilstreife. Jeder Anruf werde registriert. Ferner kämen Berater der Polizei auf Wunsch zu einem nach Hause und zeigten Schwachstellen bei der Einbruchsicherung auf.

Herr Clausen erkundigt sich nach Feuerwehrsirenen.

Herr Mittmann erläutert, der Bund habe vor 20 Jahren beschlossen, keine Sirenen mehr zu betreiben. Im Brandschutzbedarfsplan 2020/22 sei die Anschaffung der Sirenen wieder aufgeführt.

Auf Nachfrage von Frau Müssen bezüglich abgebauter Schaukeln auf dem Spielplatz an der Schubertstraße teilt Frau Rethmann mit, dass diese defekt und somit nicht mehr verkehrssicher seien. Man habe neue Schaukeln bestellt, die aber aufgrund der Witterungsverhältnisse erst im Frühjahr eingebaut würden.

5.4 Einzelhandel und Bauvorhaben auf dem Grundstück der ehemaligen Gaststätte Strößner

Frau Bertke weist darauf hin, dass die Situation des Einzelhandels vor Ort sehr unbefriedigend sei. Insbesondere seien die Schaufenster des ehemaligen Getränkemarktes an der Hollager Straße sehr schmutzig und der Bereich hinter der anliegenden Pizzeria ein „Dreckloch“. Der Eigentümer der Räume sei verpflichtet, dort für Sauberkeit zu sorgen.

Bürgermeister Steinkamp teilt mit, dass der Verwaltung die Situation vor Ort bekannt sei. Sie könne aber nur bei einer Gefährdungssituation einschreiten. Er werde beim Eigentümer noch einmal nachhaken. Ansonsten würde er sich bei dem Thema Einzelhandel mehr Bewegung wünschen. Zusammen mit dem Landkreis schaue man sich gerade Objekte an. Die Gemeinde sitze hier aber nur in der zweiten Reihe. Solange die Eigentümer ihre Mieteinkünfte hätten, sähen die keine Veranlassung, etwas zu unternehmen.

Herr Pott möchte wissen, wie weit die Planung für das Vorhaben auf dem Grundstück der ehemaligen Gaststätte Strößner sei.

Bürgermeister Steinkamp antwortet, man sei auf gutem Weg. Er gehe davon aus, dass das Vorhaben so umgesetzt werde, wie es der Rat beschlossen habe.

5.5 Radweg Hollager Straße (Fällarbeiten)

Frau Bertke kritisiert den Abschnitt des Radweges an der Hollager Straße, an dem Birken gefällt wurden. Seit über einem Jahr seien die Baumstümpfe durch Baken abgesichert.

Bürgermeister Steinkamp informiert, er habe sich diesbezüglich mit der Straßenbaubehörde in Verbindung gesetzt und die Zusage erhalten, dass bis Ende des Jahres der Radweg wieder einwandfrei zu befahren sei. Er werde darauf achten und bei Bedarf nochmal nachhaken.

5.6 Treppenanlage zum Hollager Friedhof

Herr Holtmeyer bezieht sich auf die Treppenanlage zum Friedhof an der Theodor-Heuss-Straße. Er fragt, ob der Zugang barrierefrei gestaltet werden könnte.

Herr Mittmann weist darauf hin, dass zum Friedhof sechs Zugänge bestünden. Bis auf den von Herrn Holtmeyer angesprochenen Zugang seien alle barrierefrei. Diesen habe man aufgrund der Topographie mit einer Treppenanlage versehen. Eine Umgestaltung zu einem barrierefreien Zugang würden Kosten in einem hohen fünfstelligen Betrag verursachen. Davon habe die Verwaltung bisher abgesehen.

5.7 Baugebiet „Witthügel“

Frau Rosemann teilt mit, dass die Wiesenstraße aufgrund der Baufahrzeuge für die Erschließung des Baugebietes „Witthügel“ sehr gelitten habe und bei Regen das Wasser sich in großen Pfützen ansammele. Sie möchte wissen, ob die Straße ausgebessert würde.

Frau Broxtermann informiert, dass Maßnahmen nicht geplant seien, man aber die Situation vor Ort prüfen werde.

In dem Zusammenhang äußert Herr Pott Kritik an der Lärmschutzwand des Baugebietes. Diese sei sehr unansehnlich.

Bürgermeister Steinkamp weist darauf hin, dass die Wand noch begrünt werde. Eine Lärmschutzwand habe gegenüber eines Walls den Vorteil, eine größere Baulandfläche zu gewinnen.

5.8 Blindenleitsystem

Frau Hoffmann macht die Verwaltung darauf aufmerksam, dass die Leit- und Aufmerksamkeitsfelder des Blindenleitsystems sowohl am Lechtinger Kreisel als auch bei anderen Kreisverkehren verkehrt herum angebracht seien.

Bürgermeister Steinkamp bittet um eine schriftliche Mitteilung an die Verwaltung.

5.9 Zustand auf einem Grundstück am Stephansring

Auf Nachfrage von Herrn Ruhr bezüglich des unansehnlichen Zustands eines Grundstückes am Stephansring, auf dem zwei Fahrzeuge abgestellt seien, antwortet Herr Mittmann, dass die Verwaltung in dem Fall nicht tätig werden könnte, solange keine Umweltgefährdung vorliege. Es sei nicht verboten, Fahrzeuge auf seinem Grundstück abzustellen.

6. Schlussworte

Bürgermeister Steinkamp bedankt sich für das Interesse und den sachlichen Austausch.

gez. Otto Steinkamp
Bürgermeister

gez. Andrea Wellmann
Protokollführerin